

# Warum Esperanto in Europa keine Chance hat

## Aktuelle Sprachenkonstellation und Sprach(en)politik in Europa und ihre wahrscheinlichen Konsequenzen für Esperanto

### 2 Buch- und Themenbesprechungen

Andreas Künzli (CH)

**Schreiner, Patrick: Staat und Sprache in Europa  
Nationalstaatliche Einsprachigkeit und die Mehrsprachenpolitik der Europäischen Union.  
Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien, 2006.  
186 S.<sup>1</sup>**

Im Jahr 2004 war eine Europäische Union entstanden, die 27 Staaten mit insgesamt 21 Amts- und Arbeitssprachen repräsentierte. 2007 wurden noch Rumänien und Bulgarien aufgenommen, so dass das Sprachenspektrum sich auf 23 erweiterte.<sup>2</sup> Die Vertiefung der Integration führte dazu, dass die politischen Aufgaben in einem zunehmend vielsprachigen Umfeld gelöst werden mussten. Sprachlich und sprachpolitisch führte diese historische Erweiterung zu einer grösseren Komplexität und machte eine enorme zusätzliche Übersetzungstätigkeit notwendig. (Kap. 2.1.).

Die offizielle Statusplanung (Amtssprachenregelung) und die inoffizielle Statusplanung (Arbeitssprachenregelung) der EU hat eine Hierarchie europäischer Sprachen mit vier Stufen geschaffen. Die oberste Stufe bilden das Englische und das Französische, deren immense Bedeutung sich vor allem darin ausdrückt, dass diese beiden Sprachen mit Abstand am meisten nachgefragt sind. Die zweite Stufe umfasst die restlichen 21 EU-Amtssprachen, die zwar im externen Schriftverkehr und bei Veröffentlichungen der EU eine gewisse Rolle spielen, im bürokratischen Arbeitsalltag aber zu vernachlässigen sind. Die dritte Stufe betrifft diejenigen Sprachen, die weder EU- noch einzelstaatliche Amtssprachen sind, aber durch Beschluss des Ministerrats im Juni 2005 auf EU-Ebene in vielem den EU-Amtssprachen gleichgestellt wurden.<sup>3</sup> Die vierte Stufe schliesslich besteht aus den übrigen europäischen Sprachen, die nicht einmal Amtssprachen sind.<sup>4</sup>

So findet die EU eine Reihe ‚fertiger‘ Standardsprachen vor, die als Amtssprachen ihrer Mitgliedstaaten zugleich den Status gleichberechtigter EU-Amtssprachen geniessen.

Für die EU-Alltagssprachenpraxis bedeutet diese sprachpyramidale und hierarchische Konstruktion aber vor allem dies: Während in der Ministerrunde des Rates grundsätzlich komplett verdolmetscht wird, ist bei vor- und nachbereitenden Beamten- und Expertentreffen Englisch die einzige Sprache. Die Dominanz des Englischen ist also schon heute gross und wird mit ziemlicher Sicherheit auch ohne aktives Zutun noch zunehmen. Frankreich fordert lautstark die

---

<sup>1</sup> Inhaltsverzeichnis s [http://www.plansprachen.ch/Peterlang\\_Schreiner\\_StaatundSprache.pdf](http://www.plansprachen.ch/Peterlang_Schreiner_StaatundSprache.pdf).

<sup>2</sup> Diese Erweiterung konnte in diesem Buch, dessen Redaktionsschluss im Oktober 2005 war, nicht mehr berücksichtigt werden.

<sup>3</sup> Dies betrifft z.B. das Katalanische, s.

[http://www20.gencat.cat/docs/Llengcat/Documents/Publicacions/Catala%20llengua%20Europa/Arxiu/cat\\_europa\\_alemany\\_07.pdf](http://www20.gencat.cat/docs/Llengcat/Documents/Publicacions/Catala%20llengua%20Europa/Arxiu/cat_europa_alemany_07.pdf). Eine Sonderstellung nimmt auch das Luxemburgische ein, das zwar Nationalsprache eines souveränen EU-Mitgliedstaats ist, nämlich des Grossherzogtums Luxemburgs, innerhalb der EU aber als Minderheitensprache gilt, also keine Amtssprache der Union ist. Obwohl seit 1973 Vertragssprache, wurde Irisch erst 2007 als Amtssprache in der EU eingeführt. In den baltischen Staaten Estland und Lettland ist zwar mehr als ein Drittel der Bevölkerung russischsprachig, dennoch hat das Russische dort lediglich den Status einer Fremdsprache (wie Englisch, Deutsch, Finnisch, Schwedisch usw.). In Lettland wird von gewissen Kreisen gefordert, das Russische zur zweiten Amtssprache zu erheben.

<sup>4</sup> S. auch [http://de.wikipedia.org/wiki/Amtssprache\\_\(Europäische\\_Union\)#Liste\\_der\\_Amtssprachen](http://de.wikipedia.org/wiki/Amtssprache_(Europäische_Union)#Liste_der_Amtssprachen).

Gleichberechtigung der europäischen Sprachen, während Deutschland und Österreich die Stärkung des Deutschen verlangen.

#### Sprach(en)politischer Unterschied zwischen Nationalstaaten und EU

Historisch betrachtet verfolgten die Nationalstaaten eher den Kurs der sprachlichen Zentralisierung. Denn die monozentrische Struktur der Nationalstaaten machte – und macht noch heute – eine einheitliche Sprache als vereinigendes Mittel zur Verständigung in Schlüsselbereichen wie Wirtschaft, Verwaltung, Rechtswesen und Medien in diesen Staaten unabdingbar. Hingegen hat die EU die Notwendigkeit oder die Möglichkeit, zu Gunsten von Ökonomie, Kommunikation und Rechtswesen eine einheitliche europäische Amts- und Verkehrssprache offiziell einzuführen, bislang nicht gesehen, trotz der offensichtlichen Probleme mit der Vielsprachigkeit. Mit anderen Worten: Der wesentlichste Unterschied zwischen der Sprachenpolitik der EU und der Sprachpolitik der Nationalstaaten besteht darin, dass erstere von der Idee der Vielsprachigkeit ausgeht, während letztere vom Anspruch auf Einsprachigkeit geprägt ist.

Ausserdem ist Idee der europäischen Vielsprachigkeit wie die nationalistische Idee sprachlicher Einheit eng mit der Vorstellung einer Einheit von Territorium und Sprache verknüpft. Dem Nationalsprachenprinzip zufolge soll innerhalb eines bestimmten Territoriums eine bestimmte Sprache, die Nationalsprache, gesprochen werden. Die EU anerkennt diese Einheit von Sprache und Territorium. Die EU-Vielsprachigkeit ist also insofern territorial gebunden, als die EU keineswegs die Vorstellung der Einheit von Territorium und Sprache in Frage stellt oder sogar aufzulösen beabsichtigt.

#### Konsequenzen für die Sprachminderheitenpolitik

Was Sprachminderheiten (Kap. 2.4.) anbelangt, galten diese den Nationalstaaten lange Zeit als Hindernisse auf dem Weg zur einheitlichen Nationalsprache. Auch wenn sich insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg eine deutlich minderheitenfreundlichere Politik der Nationalstaaten beobachten lässt, ist der Anspruch der Nationalstaaten auf nationalsprachliche Einheit längst nicht passé. Dies zeigt sich an immer wiederkehrenden Debatten um die Rechte von Minderheiten, an den weitgehend unverbindlichen völkerrechtlichen Regelungen, an der sprachminderheitenpolitischen Passivität des Europäischen Rates als EU-Vertretungsorgan der Staaten und nicht zuletzt auch an der Tatsache, dass Sprachminderheiten heute de facto oder de jure dem Zwang zur Mehrsprachigkeit ausgesetzt sind, dass sie also in jedem Fall auch die Nationalsprache zu beherrschen haben.

Grenzsprachminderheiten (Kap. 2.5.) haben den strategischen Vorteil, die Amtssprache des benachbarten Staates schon zu sprechen und nicht erst erlernen zu müssen. Wie im Falle des Deutschen in Dänemark und des Dänischen in Deutschland hat sich in beiden Sprachgebieten beiderseits der Grenze die jeweilige Nationalsprache schon so weit als Erst- und Alltagssprache durchgesetzt, dass mittelfristig die beiden Grenzminderheitensprachen als solche wohl verschwinden werden. So werden die Grenzminderheitensprachen praktisch als EU-Amtssprachen aufgewertet. Ein Sonderfall der Unterscheidung zwischen autochthonen (Grenz-) Sprachminderheiten und Migrationssprachminderheiten ist etwa die Situation des Kroatischen im Burgenland, wohin die Kroatisch Sprechenden vor 500 Jahren eingewandert sind.

Ansonsten betrachten weder die Nationalstaaten noch die EU Migrationssprachminderheiten und Migrationsminderheitensprachen (wie z.B. Panjabi, Urdu, Gujarati, arabische Dialekte usw.) als schützenswert. Dies widerspricht im Prinzip der Vorstellung einer europäischen Sprachenvielfalt.

Bei der Wiederbelebung untergegangener Sprachen wie im Fall des Kornischen im südenglischen Cornwall geht es mehr um die moralisierende Frage, ob Minderheitenrechte gewahrt werden und die Sprache überleben kann. Soweit einige Sonderfälle.

Die Anerkennung der Einheit von Sprache und Territorium durch die EU hat Konsequenzen für die Anerkennung und Förderung bzw. Nichtförderung von autochthonen, Grenz- und Migrationssprachminderheiten. Das Dilemma der Sprach(en)politik in Europa besteht laut Schreiner darin, dass die EU-Vielsprachigkeit den nationalstaatlichen Anspruch auf Einsprachigkeit zu

respektieren hat (und dies auch tut). Aus diesem Grund kann die EU nur symbolische Minderheitenssprachpolitik betreiben und muss in Fragen der Migrationssprachminderheiten zurückhaltend sein.

### EU-Sprachenverbreitungspolitik

Die EU-Sprachenverbreitungspolitik ist also Ausdruck des genuin europäischen Verständnisses von Sprache und zugleich die Strategie, um einen europaweiten Wirtschafts- und Rechtsraum unter den Bedingungen der Vielsprachigkeit zu verwirklichen. Sie dient sozusagen als Synonym für die EU-Sprachenpolitik bzw. -Sprachenförderung und ist einer der wichtigsten, wenn nicht der wichtigste Bereich europäischer Sprachenpolitik überhaupt, wo die EU de jure über eindeutige sprachpolitische Kompetenzen verfügt. Die Idee europäischer Vielsprachigkeit, die in der EU-Sprachenverbreitungspolitik zum Ausdruck kommt, ist die ideologisch-normative Reaktion auf das Bestehen der Mitgliedstaaten auf ihren Nationalsprachen (Kap. 2.3). Die EU-Sprachenverbreitungspolitik ist ebenso Reaktion auf die europäische Sprachsituation wie die faktische Konzentration auf Englisch und Französisch in (internen) Teilanwendungsbereichen. Sie wird begleitet von gänzlich pragmatischen, also wenig idealistischen Überlegungen. Denn Vielsprachigkeit wird nicht nur als Kern einer zu schaffenden – oder längst entwickelten – europäischen Identität verstanden, sondern auch als Bedingung etwa für einen funktionierenden Binnenmarkt begriffen.

### Vielsprachigkeit versus Einheitssprache

Im politisch-administrativen Alltag kann die EU ihrem Anspruch auf Vielsprachigkeit und auf Gleichberechtigung aller 23 Amtssprachen nicht konsequent nachkommen, weil sie kommunikativen Notwendigkeiten und Zwängen gerecht zu werden hat. Deshalb wird der EU-Arbeitsalltag von Englisch und Französisch dominiert. Hierin zeigen sich die praktischen Grenzen der europäischen Vielsprachigkeit. Die EU und ihre Mitgliedstaaten reagieren auf diese Diskrepanz mit stillschweigender Akzeptanz (es gibt aber keinen Beschluss, der die Dominanz des Englischen und Französischen vorschreibt). Gleichzeitig werden damit die Grenzen der Gleichberechtigung aller Amtssprachen und damit auch die Grenzen des Nationalsprachenprinzips auf europäischer Ebene anerkannt, ohne dass dies laut ausgesprochen wird oder dass man dies offiziell beschliessen wollte oder könnte. Wissenschaftler, die sich mit der Sprachenpolitik der EU befassen, unterbreiteten Vorschläge für ein künftiges europäisches Sprachenregime. Hierbei fiel auf, dass die meisten Vorschläge darauf hinausliefen, die politisch gewünschte Vielsprachigkeit zu bewahren und individuelle Mehrsprachigkeit zur Norm machen zu wollen.

Aus dem ganzen Dilemma zwischen Anspruch der Mitgliedstaaten auf Nationalsprachen und der europäischen Vielsprachigkeit ergeben sich auf europäischer Ebene insofern Probleme, als der europäische Rechts- und Wirtschaftsraum in mancher Hinsicht sprachliche Vereinheitlichung verlangt, während wie gesagt die Einzelstaaten aber auf ihren Sprachen beharren.

Dennoch ist eine offizielle Einheitssprache in der EU nicht vorgesehen, denn dies widerspräche dem föderalen Verständnis der Union, deren Vielsprachigkeit einen Wert an sich darstellt. Aufgrund der oben genannten Motive ist eine europäische Einheitssprache als Symbol der europäischen Einheit sprachpolitisch nicht durchsetzbar, solange für das Gros der EU-Mitgliedstaaten ihre Nationalsprachen zentrale Symbole ‚nationaler‘ Einheit und Identität darstellen. Aus denselben Gründen muss der Europäische Wirtschafts- und Rechtsraum auch in absehbarer Zeit auf eine einheitliche Sprache verzichten.

### Rolle der Datenbanken und Sprachverbreitungsprogramme

Im Bereich der Sprachstandardisierung (Kap. 2.2.) werden verschiedene EU-Datenbanken entwickelt, die auf absehbare Zeit zusammengelegt werden sollen. So wurde etwa eine mehrsprachige EU-Fachterminologie entwickelt, die bei Veröffentlichungen in jeder der 23 Amtssprachen einen

einheitlichen Sprachgebrauch gewährleisten soll. Standardisierte Terminologie- und Textmusterdatenbanken vereinfachen und vereinheitlichen die Kommunikation, heisst es, ohne den Anspruch auf Vielsprachigkeit aufgeben zu müssen, und tragen dazu bei, Kommunikation auf EU-europäischer Ebene überhaupt erst möglich zu machen. Solche EU-Terminologiedatenbanken sollen künftig mehr noch als bisher durch elektronische ‚Translation Memories‘ ergänzt werden. Diese Datenbanken sollen die Übersetzer bei der Aufgabe unterstützen, wiederkehrende, stets gleichlautende Textsegmente und Verwaltungsdokumente zu erkennen und immer gleich in die Zielsprache zu übertragen.<sup>5</sup>

Die ersten schul-, lern- und sprachenverbreitungspolitisch relevanten Programme hiessen Comenius, Erasmus, Grundtvig, Minerva. Diese Programme liefen bis Ende 2006 unter dem Titel Sokrates weiter.<sup>6</sup> Diese Fremdsprachenprogramme umfassen ausser den offiziellen EU-Amtssprachen auch Letzeburgisch (bzw. Lëtzebuergesch, Luxemburgisch), nicht aber sonstige Minderheitensprachen. Die Förderungsbereiche dieser Programme bezwecken vor allem die transnationale Zusammenarbeit im schulischen und universitären Bereich. Um die faktischen Vorteile des Englischen und Französischen auszugleichen, sah das Programm Sokrates vor, kleinere Sprachen besonders zu fördern. Allerdings ist nirgendwo festgelegt, durch welche Massnahmen die weniger verbreiteten Unionssprachen besonders unterstützt werden sollen, es bleibt also bislang bei der Absichtserklärung.

Andreas Künzli

### **Sandra Nissl: Die Sprachenfrage in der Europäischen Union. Möglichkeiten und Grenzen einer Sprachenpolitik für Europa. Herbert Utz Verlag München 2011. 331 S.<sup>7</sup>**

Im Allgemeinen gilt die Vereinigung der europäischen Staaten zur Europäischen Union (EU) als Erfolgsgeschichte, so auch für Sandra Nissl, einer Autorin aus Bad Tölz, die in München Romanische Philologie, Politische Wissenschaft und Europäische Ethnologie studierte und einige Forschungsaufenthalte in Belgien, Spanien, Namibia und in den USA absolvierte. Ihre Dissertation war der Sprachenfrage in der EU gewidmet, in der Meinung, dass ohne Sprachen Kommunikation und Koexistenz unmöglich wären, besonders in einem geographischen Raum wie Europa, der von vielen verschiedenen Völkern besiedelt wird. Die aktuelle Situation in der EU sei dadurch gekennzeichnet, dass Vielsprachigkeit durchaus als Konfliktherd gesehen wird. Genannt werden immer wieder die enorm hohen Kosten der Dolmetscherdienste, die unterschiedliche Behandlung der Sprachen (so die Diskrepanz zwischen Amts- und Arbeitssprachen) oder die unklare Politik gegenüber Regional- und Minderheitensprachen. Keine andere internationale Organisation der Welt verwendet so viele Amts- und Arbeitssprachen wie die EU – zurzeit beläuft sich die Zahl offizieller Amts- und Arbeitssprachen auf 23 (Katalanisch, Baskisch und Galizisch sowie Letzeburgisch nicht eingeschlossen) bei 27 Mitgliedstaaten, die rund 500 Millionen Menschen umfassen. Daher spielt in der EU die Übersetzung eine zentrale Rolle, denn ohne sie fände in der EU keine Kommunikation statt. Dabei kommt man ohne technische Hilfsmittel wie umfangreiche Sprachdatenbanken (Euramis, Systran, IATE) nicht aus. Im Jahr 2008 wurden über 1,8 Millionen Seiten übersetzt. Koordiniert wird der Übersetzungsdienst durch die Generaldirektion Übersetzung der EU, die rund 1750 fest angestellte und 600 freie

---

<sup>5</sup> EU-Datenbanken nach Themen s. [http://europa.eu/documentation/order-publications/databases-subject/index\\_de.htm](http://europa.eu/documentation/order-publications/databases-subject/index_de.htm).

<sup>6</sup> Das Sokrates-Programm wurde inzwischen durch das ‚Programm für Lebenslanges Lernen‘ ersetzt.

<sup>7</sup> Inhaltsverzeichnis s. <http://www.utzverlag.de/buecher/44078db1.pdf>.

Mitarbeiter beschäftigt. Die bereits jetzt grosse Arbeitsbelastung der Übersetzer wird in Zukunft noch zunehmen, da noch mehr Beitrittskandidaten zur EU stossen werden.

### Sprachen als Erfolgsschlüssel der EU

Weil die vielen Sprachen der EU für die Zukunft eine Schlüsselfunktion hätten – einerseits seien sie als kulturelles Erbe und als Reichtum zu betrachten, andererseits als Hindernis für den Erfolg der Verständigung zu fürchten – sei der allseitige Erfolg der europäischen Vereinigung, nicht zuletzt auch der wirtschaftliche, massgeblich von einer erfolgreichen Sprachenpolitik abhängig. Mit einer gut durchdachten Sprachenpolitik sollen die Wettbewerbsfähigkeit und Mobilität gesteigert, die Wirtschaft angekurbelt, die soziale Dimension gestärkt und ein kultureller Zusammenhalt (gemeinsame europäische Identität) geschaffen werden. Eine komplexe Aufgabenstellung, bei der es an grossen Herausforderungen nicht mangelt. Nissl glaubt, dass gerade die Sprachenförderung in der EU absolute Priorität als Schlüssel zum Erfolg hat, was etwa in der ‚Rahmenstrategie für Mehrsprachigkeit‘ der Kommission der Europäischen Gemeinschaften von 2005 Verankerung gefunden hat.

In Bezug auf die Sprachenfrage befinde sich die EU aber in einer schwierigen Ausgangslage, gibt Nissl zu bedenken, denn einerseits „soll der Sprachengebrauch in den politischen Organen und Institutionen der Europäischen Union effizient und kostengünstig gehandhabt“, andererseits „eine Gleichberechtigung aller Amts- und Arbeitssprachen gewährleistet werden“. Die gleichmässige Förderung aller EU-Sprachen stelle für die EU-Sprachenpolitik jedoch eine grosse Herausforderung dar. Sprachengebrauch und Sprachenpolitik hängen also unmittelbar miteinander zusammen. Dabei soll Sprache nicht isoliert betrachtet werden, sondern mit Politik, Jurisprudenz und Geschichte ein enges Wirkungsgeflecht bilden.

### Sprachenfrage in den EU-Verträgen

Obwohl die Sprachenpolitik in Europa aus der Sicht Nissls also von eminent grosser Bedeutung ist oder zu sein scheint, ist sie davon überrascht, welch geringen Stellenwert die Sprachen und die Sprachenpolitik in den einschlägigen Regelwerken der EU doch geniessen. Dies zeigt die Autorin in Kapitel 5 anhand der wichtigsten Verträge der EU seit 1951 auf. In diesen Verträgen nehme die Sprachenfrage mit der Zeit an Komplexität zu, hat sie beobachtet, da sich an ihnen immer mehr Länder beteiligten. Hervorgehoben werde in diesen Texten aber meist nur das gemeinsame kulturelle Erbe, in dem die Sprachenfrage eingeschlossen zu sein scheint. Das Erlernen und Verbreiten der Sprachen durch die Mitgliedstaaten werde zwar explizit erwähnt, scheint aber als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt zu werden. Erst mit dem Vertrag von Maastricht (1992) sei die Sprachenfrage mit entsprechenden Förderprogrammen konkreter festgeschrieben worden. In weiteren Verträgen werde Sprache im Katalog lediglich unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte genannt, ohne eine umfangreichere Beschreibung zu erhalten, was etwa unter Sprachrechten zu verstehen sei. So heisst es etwa im Vertrag von Lissabon (2007) lakonisch: „Die Union achtet die Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen“. Eine ähnliche minimalistische Haltung der Sprachenfrage gegenüber kennzeichne im übrigen auch verschiedene einschlägige internationale Menschenrechtserklärungen. Auch sei in den europäischen Regelwerken nicht geklärt, was unter einer Amts- und unter einer Arbeitssprache genau zu verstehen ist, gibt Nissl zu verstehen.

Summa summarum erhält man also den Eindruck, dass die Sprachenfrage in Europa eine implizite, natürliche, selbstverständliche Angelegenheit darstellt, die keiner expliziten ‚Kodifizierung‘ bedarf. Zumal in Europa weitgehend Sprachfrieden und Sprachstabilität zu herrschen scheinen, die auch unter äusserst heterogenen Bedingungen zu erhalten ist. Wird die Bedeutung des Sprachen’problems‘ in Europa also trotz des Gefahrenpotentials, das von ihm auszugehen droht, von einigen Autoren in der Relation überschätzt? Und werden in der EU die kleineren Sprachen tatsächlich diskriminiert?

## Widersprüche in der Praxis

Die Umstände der sprachlichen Ungleichheiten und die Widersprüche in der täglichen Praxis des Sprachenregimes in der EU weiss Nissl unter 6.4. wie folgt zusammenzufassen: Eine Besonderheit in der EU sei, dass ihre Dokumente in allen Amts- und Arbeitssprachen zugänglich sind. Die Bürger hätten ein Recht darauf, Rechtstexte, Informationen und Verfahren in ihrer Muttersprache verstehen zu können. Das erhöhe die Transparenz und die Glaubwürdigkeit der Arbeit der politischen Organe. Dies ist in Art. 21 des EU-Vertrags verankert, welcher das Recht auf Kommunikation mit den Organen und Einrichtungen der EU in der eigenen Muttersprache garantiert. Zum Beispiel erscheint das *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in allen Amtssprachen. Allerdings würden trotz dieser offiziellen Gleichstellung der Amts- und Arbeitssprachen aus Geld- und Zeitmangel nicht alle Schriftstücke in alle diese Sprachen übersetzt, sondern nur Rechtsakte und Dokumente, die für die Allgemeinheit von hoher Bedeutung seien. Auch in der Korrespondenz mit Bürgern der Union werde diese Diskrepanz zwischen Anspruch und Praxis offensichtlich: Zwar hätten die Unionsbürger Anspruch auf das Recht, auf eine schriftliche Anfrage eine Antwort zu erhalten, die in der Sprache abgefasst ist, in der die Anfrage gestellt worden ist, sofern diese Sprache auch Amts- oder Arbeitssprache ist. Die Realität sehe allerdings so aus, dass Anfragen, die nicht auf Englisch, Französisch oder Deutsch gestellt würden, mit grosser Zeitverzögerung beantwortet werden. Auch in der alltäglichen Arbeitspraxis würden die Sprachen nicht gleichmässig verwendet. Die Organe gebräuchten für ihre internen Prozesse, Verhandlungen, Treffen und dergleichen nur bestimmte Arbeitssprachen. So würde etwa die Europäische Kommission fast ausschliesslich Englisch, Französisch und Deutsch in sinkender Reihenfolge anwenden, und viele Dokumente würden meistens auch nur in diese Sprachen übersetzt. Während auch im Rat der EU vorwiegend Englisch, Französisch und das schon lange zurückgedrängte Deutsch mit sinkender Häufigkeit praktiziert würden, verwendeten die Richter des Europäischen Gerichtshofes in ihren nicht-offiziellen Sitzungen nur das Französische, das als Grundlage für die gemeinsame Arbeit gilt. In anderen Organisationen und Einrichtungen der EU würden wiederum unterschiedliche Sprachenregelungen gelten, die etwa abhängig von der geographischen Ansiedelung dieser Einrichtungen gemacht würden. Auf der anderen Seite bemühe sich etwa das Europäische Parlament, die Mehrsprachenregelung auch wirklich anzuwenden. Aber auch hier seien im Arbeitsalltag in nicht-offiziellen Sitzungen vor allem Englisch und Französisch in Gebrauch. Als Rechtfertigung dient jeweils der Hinweis auf die hohen Kosten, die durch den Gebrauch vieler Sprachen entstünden. Die EU-Angestellten hätten in einem Interview mit Nissl zugegeben, bei Erstkontakten (schriftlich und mündlich) fast ausschliesslich auf Englisch oder Französisch zurückzugreifen, weil sie sicher sein könnten, dass diese Sprachen allgemein akzeptiert und verstanden würden.

### Englisch also doch die heimliche Lingua franca?

Im Arbeitsalltag der EU-Organen existiert also eine deutliche Hierarchisierung der Sprachen. Auf dem ersten Rang befindet sich Englisch und Französisch, wobei das Englische deutlich öfter als das Französische verwendet wird. Die Dominanz des Englischen und Französischen sei aber in keinem Vertragswerk niedergelegt und werde von den Mitgliedstaaten einfach stillschweigend toleriert, scheint Nissl zu bemängeln. Vor allem Deutschland und Österreich hätten sich immer wieder vehement gegen das bestehende Sprachenregime gewehrt und die Stärkung des Deutschen gefordert, das in Europa immerhin von 90 Millionen Menschen gesprochen wird, – prozentual weise das Deutsche also deutlich mehr Muttersprachler (18%) auf als das Englische in Europa (13%). In den deutschsprachigen Ländern wachse der Unmut gegenüber der Dominanz des Englischen an, und Frankreich helfe ihnen beim Versuch, das Englische zu verdrängen, wacker mit.

Trotz seiner angeblichen Superiorität wird Englisch als *Lingua franca* von Nissl nicht als idealer Ansatz zur Lösung des Sprachenproblems in den Organen der EU betrachtet. Zwar werde der Gebrauch des Englischen in der bedeutungsvollen Funktion als weltumspannendes Kommunikationsmittel von Experten immer wieder kritisch diskutiert. Wegen der grossen Verbreitung, ja der globalen Vorherrschaft des Englischen werde bereits von Sprachimperialismus gesprochen. Auch wenn die ‚englische‘ Lösung bisher nicht als verbindlich ernsthaft erwogen wurde,

sei sie in den Medien doch sehr präsent. Aufgrund des Prinzips der Gleichberechtigung könne die Verwendung einer einzigen Sprache als Lingua franca aber keine gerechte Lösung sein. Mehrsprachigkeit sei eben eine Besonderheit der EU, die es zu bewahren gelte. Die Dominanz einer einzigen Sprache wie des Englischen verstärke zugleich die Gefahr, dass nicht nur die Sprache selbst gefördert werde, sondern dass auch die mit ihr verbundene anglophone Kultur und die entsprechenden Werte, Vorstellungen, Ideen transportiert würden. Nicht zuletzt bringe die starke Verwendung des Englischen in der EU einen grossen Vorteil für englische Muttersprachler mit sich. Langfristig gesehen könne es mit einem englischen Einsprachenmodell zu einer geistigen und kulturellen Verarmung kommen, auch wenn es andererseits als praktisch und kostengünstig angesehen wird. Die Einführung des Englischen als Lingua franca wäre also dennoch nicht anzuraten, denn diese Lösung wäre ‚elitär‘ und würde nur einer kleinen ‚Kaste‘ von Funktionären dienen.

Plansprachen, Esperanto usw.

Mit diesen Betrachtungen nähert sich die Autorin nicht nur den traditionellen Argumenten der Anhänger des Esperanto, sondern auch der Frage der Einführung von Plansprachen an, die sie im Kapitel 6.8.2. behandelt. Die Verwendung einer Sprache wie Esperanto im alltäglichen Gebrauch der politischen Organe und Institutionen der EU hält Nissl aber für „sehr unwahrscheinlich“. Ihre Recherchen in der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission hätten ergeben, dass diese Diskussion bei den Experten der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und des Ministerrats „auf wenig Begeisterung“ stösst. Dieser Idee werde in der Praxis so gut wie keine Beachtung geschenkt. An den politischen Schaltzentralen der EU habe Esperanto „keine ‚Lobby‘“. Dort berufe man sich auf die Gleichberechtigung der 23 Amtssprachen und verharre auf der Verwendung der drei Arbeitssprachen Englisch, Französisch und Deutsch. Die Einführung des Esperanto wäre ferner „nur als Ersatz der internen Arbeitssprachen denkbar“, schätzt Nissl, denn die Rechtstexte müssten noch immer in alle 23 Amts- und Arbeitssprachen übertragen werden, da man von den knapp 500 Millionen EU-Bürgern nicht fordern könne, eine „Retortensprache“ zu lernen. Nichtsdestotrotz könnte die Einführung des Esperanto als interne Arbeitssprache „durchaus sinnvoll“ sein, ist Nissl der Ansicht, da nur so keine der 23 Amts- und Arbeitssprachen diskriminiert würde. Bei ihren Interviews habe Nissl herausgefunden, dass die Debatte um das Esperanto jedoch nur „wissenschaftliches Interesse“ (sic) widerspiegelt und in den EU-Organisationen wenig Echo auslöst. Hauptsächlich „wegen seiner grammatikalischen Schwerfälligkeit“ (sic), die „vor allem auf die häufige Verwendung von Affixen zurückgeht“, sei Esperanto „Zielscheibe der Kritik“ geworden. Ausserdem werde moniert, dass Esperanto, das grundsätzlich auf dem Lateinischen basiere (sic), die Gefahr der Diskriminierung von Sprachen wie Baskisch oder Finnisch darstellen könnte. Ferner würde seine Einführung von den Sprechern der jetzigen 23 Amts- und Arbeitssprachen wohl als Angriff auf die eigene Muttersprache gewertet werden. Die Etablierung einer Plansprache sei auch deshalb schwierig, da man sich beim Erlernen „nur kaum für sie motivieren“ (sic) könne, da sie „kein Identifikationspotenzial“ aufweise. Bei der Verwendung des Esperanto werde zudem deutlich, dass es wegen der „fehlenden Nuancen der Sprache wenig Raum für Feinheiten, individuelle Verwendung oder Neuerungen“ (sic) lasse. Diese ziemlich unqualifizierten Meinungsäusserungen weisen m.E. darauf hin, dass in EU-Kreisen das Wissen über Esperanto äusserst dünn gesät oder sogar inexistent sein muss; allenfalls ist es aufgrund fragwürdiger propagandistischer Beeinflussung durch fanatische Anti-Esperantisten mit Vorurteilen behaftet oder wurde von Aktivitäten inkompetenter Esperanto-Befürworter verzerrt. Aber „auch wenn der grosse Erfolg des Esperanto ausgeblieben“ sei, werde „es auch heute noch verwendet“, weiss Nissl zu berichten. Es ist unklar, ob die Autorin über praktische Esperanto-Kenntnisse verfügt. Neben einigen völlig zufälligen Fakten aus der Geschichte des Esperanto geht sie noch auf das KOD-Kommunikationssystem ein, das vom Eufo-Institut in Regensburg seit dem Jahr 2000 entwickelt wird. Der deutliche Vorteil von KOD sei „seine regelmässige Grammatik“, während das Schriftbild, das einem Code entspricht, mit der Schrift natürlicher Sprachen nichts gemein habe und an eine Computersprache erinnere, einen Nachteil darstelle. Wegen der allzu starken Künstlichkeit dieser Idiome sei in der EU also weder an die Einführung des Esperanto noch an KOD zu denken.

Trotz aller Bedenken hält Nissl den Gebrauch einer ‚künstlichen‘ Sprache wie Esperanto für die gerechteste Lösung der europäischen Sprachenfrage. Ihr Gebrauch sei aber fraglich, zumal diese Sprache kein Identifikationspotenzial biete. Daher sei zu bezweifeln, dass diese Option je wirklich umgesetzt werden kann.

### Zusammenhang zwischen Bildung, Sprachen und Wirtschaft

Im langen Hauptkapitel 7, das sich über 160 Seiten erstreckt, befasst sich die Doktorin ausführlich mit allen möglichen Aspekten der Implementierung der gesamteuropäischen Sprachen- und Mehrsprachigkeitspolitik. Aus Raum- und Relevanzgründen kann in dieser Besprechung nicht ausführlich auf die einzelnen Themen eingegangen werden.

Nicht zu übersehen bei unserer Besprechung ist in Nissls Buch aber die Botschaft von der Brisanz des Zusammenhangs zwischen Bildung, Sprachen und Wirtschaft (Ökonomie). Im ‚Beschluss des Rates vom 21. November 2008 über eine europäische Strategie für Mehrsprachigkeit‘, in dem erklärt wird, warum die Förderung der Sprachen für die Wirtschaft so wichtig sei, wird offenbar eine unmittelbare Relation zwischen Mehrsprachigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft konstruiert. Sprachkenntnisse, Wirtschaft, Mobilität der Beschäftigten und Bildung stünden in einer sehr engen Beziehung zueinander und bedingten einander. Die Wechselwirkung zwischen Fremdsprachenkenntnissen und wirtschaftlichem Erfolg sei also nicht zu unterschätzen. Europäische Unternehmen, egal welcher Grössenordnung, würden durch den Gebrauch von Fremdsprachen an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen; durch Fremdsprachenkenntnisse würden sie sich gegenüber Konkurrenten durchsetzen und ihren Marktwert steigern, wird behauptet. Die ELAN-Studie habe aufgezeigt, dass exportorientierte Unternehmen produktiver als andere seien und dass schlechte Fremdsprachenkenntnisse negative Auswirkungen auf den Gesamtumsatz hätten. Anhand von Sprachfertigkeiten sowie interkultureller Kompetenz werde entschieden, ob neue Kunden im Ausland zu gewinnen seien. Bewerber mit Fremdsprachenkenntnissen würden somit immer wettbewerbsfähiger dastehen als solche ohne. Mehrsprachigkeit sei also als ein Schlüsselfaktor für ökonomischen Erfolg aufzufassen, der in der EU oberste Priorität noch vor den kulturellen Werten und der Identitätsfrage zu haben scheint. Ausserdem macht Nissl darauf aufmerksam, dass Sprachen auch einen eigenständigen Industrie- und Wirtschaftszweig darstellen, der jährlich um ca. 10 Prozent wächst und bis 2015 20 Milliarden an Ausgaben generieren wird. Mit ökonomischen Belangen ist das ‚Programm für Lebenslanges Lernen‘ verbunden (Teilvorgänger waren als Comenius, Erasmus, Grundtvig, Lingua, Minerva, Sokrates bekannt). Das Sprachenthema soll also noch stärker im Verbund mit dem Unternehmertum, der Zivilgesellschaft, den Behörden und mit kulturellen Einrichtungen diskutiert werden. Auch sei die erhöhte Zusammenarbeit zwischen Sprach- und Bildungspolitik gefragt. Die neue EU-Kommission habe sich damit verstärkt zu befassen. In die Gesamtdiskussion einfließen sollen vermehrt auch die Bedürfnisse der Regional- und Minderheitensprachen, und in die Verantwortung einbezogen werden soll diesbezüglich auch das European Bureau for Lesser-Used-Languages (EBLUL). Verwiesen wird auf die Lissabon-Strategie, deren Hauptziel darin bestehe, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu erhöhen und die ‚Wissensgesellschaft‘ umzusetzen. Bei dieser Strategie verfolgt das ihr zugeordnete Barcelona-Ziel das Konzept ‚Muttersprache + 2 Fremdsprachen‘. Der Mehrwert von Fremdsprachenkenntnissen scheint in den EU-Ländern jedoch noch nicht ganz befriedigend umgesetzt. Im ‚Updated Strategic Framework for European Cooperation in Education and Training‘ wird erklärt, dass Europas Bürger noch nicht über ausreichende Fertigkeiten verfügten, um die EU zu einer wissensbasierten Gesellschaft umzuformen.

### Subsidiarität bei den Sprachen und die Frage der Identität

Im europäischen Integrationsprozess spiele auch das Subsidiaritätsprinzip eine grosse Rolle, schreibt Nissl weiter. Es komme dann zur Anwendung, wenn staatliche Eingriffe und öffentliche Leistungen nur unterstützend dienen können und wenn die jeweils tiefere hierarchische Ebene nicht in der Lage ist, die erforderliche (Eigen-)Leistung zu erbringen. Auf die Sprachenpolitik bezogen würde



die Subsidiarität dazu beitragen, die grosse Vielfalt an Sprachen auf regionaler, nationalstaatlicher und europäischer Ebene zu verteilen, damit wirklich alle Sprachen der Europäischen Union zum Zuge kommen und kleine Sprachen auf regionaler Ebene gefördert und in ihrem Prestige gestärkt werden („Glokalisierung“ als Reaktion auf die Globalisierung). Die Idee bei diesem Prozess wäre, das Englische zum Schutz anderer Nationalsprachen auf Regional- und Nationalstaatenebene zurückzudrängen.

Am Ende befasst sich Nissl noch mit dem Zusammenhang zwischen Sprache und Identität. Die Europäische Union sei trotz ihrer fast sechzigjährigen Geschichte kaum in den Köpfen und Herzen der Menschen verankert und eine gesamteuropäische Identität sei noch wenig ausgebildet, stellt sie fest. Aber dies verwundere nicht, denn schliesslich sei die EU als Wirtschaftsgemeinschaft gegründet worden. Um die Union langfristig zu einer kulturellen Erfahrungs- und Wertegemeinschaft zu formen und ihr eine europäische Identität zu verpassen, darf nach Meinung der Verfasserin der Fokus nicht nur auf der Ökonomie liegen. Der Faktor Sprache könnte Symbolcharakter bekommen und entscheidend dazu beitragen, dass die Menschen sich mit Europa verbunden fühlen, sich mit ihm identifizieren können. Sprache und Identität seien eben vielschichtige Begriffe. Ob Sprache allerdings helfe, eine Identität herauszubilden, sei von verschiedenen Faktoren abhängig. Von Bedeutung sei heutzutage die Überzeugung, dass die Kenntnis einer (Fremd-)Sprache wirtschaftliche Vorteile mit sich bringe und daher den Wohlstand und die Lebensqualität steigere. Nissl bedauert, dass es in der EU keine Instanz gibt, die sich mit der Schaffung einer europäischen Identität befasst.

### Konsequenzen für Esperanto

Abschliessend ein paar persönliche Bemerkungen des Rezensenten, der seit über 30 Jahren selbst Esperantist und Interlinguist ist. Die beiden hier angezeigten Bücher<sup>8</sup> über die Sprachenfrage in der Europäischen Union vermitteln so einen guten Einblick in die vielschichtigen Anforderungen, Bedingungen und Voraussetzungen, die nicht nur an die Sprachenpolitik der EU, sondern auch an die einzelnen Idiome Europas gestellt werden. Schreiner und Nissl haben die entscheidenden formalen und praktischen Argumente gegen die Einführung einer Einheitssprache in Europa bzw. in der Europäischen Union dargestellt (im Unterschied zu Nissl sind Esperanto und Interlinguistik in Schreiners Buch, das im Fachbereich Germanistik verfasst wurde, kein Thema). Die Konsequenzen dürften aufgrund dieser Darstellung für eine Sprache wie Esperanto aber eindeutig sein. Esperanto verfügt in keinem europäischen Land über einen besonderen offiziellen Status,<sup>9</sup> noch strahlt sie eine Wirtschaftskraft aus. Auch in Bildung, Kultur und in den Wissenschaften, drei weiteren Schlüsseldomänen, spielt Esperanto ausserhalb der Esperanto-Bewegung keine Rolle. Es ist erstaunlich, dass Esperanto in den 125 Jahren seiner Existenz trotz einer lautstarken Propaganda und viel investierter Energie es nicht geschafft hat, sich in diesen Bereichen zu etablieren und bei den Völkern allgemeine Akzeptanz zu finden. Die Schwerpunkte der Esperanto-Bewegung lagen m.E. zu stark auf einer zu einseitigen Propaganda, auf der Abwehr von Angriffen und Kritik von aussen und von innen, auf dem Tourismus und auf teilweise belanglosen sozialen Freizeitaktivitäten und fruchtlosen Diskussionen anspruchsloser und unqualifizierter Mitglieder, während die relevante (d.h. literarische, journalistische, wissenschaftliche, kulturelle) Kreation sträflich vernachlässigt wurde. So ist etwa ein Grossteil der modernen Literatur nicht ins Esperanto übersetzt worden. Dies wäre für die Existenz, die Prosperität und das Prestige einer Sprache aber von zentraler Bedeutung. Es gibt wohl kaum eine Sprache, die über weniger Prestige verfügt als Esperanto. Dies ist im Vergleich mit den hehren Ambitionen dieses Idioms, Weltsprache sein zu wollen, ein Paradoxon höchsten Grades. In der Öffentlichkeit wird Esperanto praktisch kaum wahrgenommen und die Wahrscheinlichkeit, einen Esperanto sprechenden Menschen anzutreffen, ist äusserst gering. Die Esperantisten verharren in ihrer vergeblichen Erwartungshaltung, dass die Sprache weltweit eingeführt wird, was nicht geschah. In der

---

<sup>8</sup> Nach der Niederschrift meines Textes habe ich noch diese Besprechung von Nissls Buch gefunden: <http://www1.ku-eichstaett.de/SLF/EngluVgISW/ELiX/stickel-111.pdf>.

<sup>9</sup> In ehemals kommunistischen Ländern wie Polen, Ungarn und Bulgarien ist die einst relativ bedeutende Esperanto-Bewegung auf ein Minimum an privater Existenz zusammengeschrumpft und wird vom Staat nicht mehr gefördert.

europäischen Sprachenfamilie fällt Esperanto zwischen Stuhl und Bank, es wird nicht einmal als Minderheitensprache, und die Esperantisten werden nicht als Sprachminderheit anerkannt. Soziologisch gesehen betrachten die Esperantisten sich selbst gerne als eine in der Diaspora lebende (nichtethnische) transnationale Sprachminderheit. Von Seiten der Esperanto-Kreise wurde die Eignung des Esperanto als Relaisprache der EU zur Prüfung vorgeschlagen; die Idee stiess in der Europäischen Kommission aber auf Ablehnung.<sup>10</sup> Die Einführung des Esperanto in den Schulen etwa durch politischen Beschluss (z.B. der UNESCO-Mitgliedstaaten<sup>11</sup>) wird daher vorläufig Wunschenken der Esperantisten bleiben, denn es zeichnet sich keine pro-Esperanto-Wende ab. Esperanto war und ist in der Soziolinguistik (und teilweise in der Eurolinguistik<sup>12</sup>) ein Forschungsgegenstand. Ansonsten werden Esperanto und Plansprachen von der etablierten akademischen Sprachwissenschaft weitgehend ignoriert. Die Interlinguistik ist vor allem ein privat betreutes Betätigungsfeld einiger Esperantisten und Plansprachler geblieben und fand bisher nur an wenigen Universitäten (und dies im Rahmen fremder Fächer) Beachtung. Es bleiben die beiden Fragen übrig: Welche Rolle könnte die Sprache Esperanto in Europa allenfalls spielen, denn sie hat durchaus einige interessante Vorteile vorzuweisen, und welchen Status sollen die Esperantisten als real existierende Interessengemeinschaft mit einer neutralen internationalen Plansprache und als Vertreter eines soziolinguistischen Kompetenzzentrums erhalten? Die Esperanto-Bewegung steht heute an der Wegscheide zwischen Untergang und Neuanfang. Beim Neuanfang müssten frische und sinnvolle Ideen entwickelt und umgesetzt werden. Der Weg zu vermehrter Bedeutung und Beachtung scheint über die seriösen sozialen, wissenschaftlichen, politischen und kulturellen Netzwerke, zu gehen. Sie sollten von den Esperantisten und Interlinguisten vermehrt genutzt werden. Mir scheint, dass das Interesse, die Kraft, die Disziplin und das Geld dazu fehlen.

Die nützlichen Beiträge der beiden Autoren, die im Prinzip zu den gleichen Schlussfolgerungen gelangten, stellen eine geeignete Grundlage dar, auch in Esperanto-Kreisen die Diskussion über die angesprochenen Problemfelder zu vertiefen.

Andreas Künzli

---

<sup>10</sup> S. <http://www.esperanto.de/gea/leitsaetze.html>. Am Donnerstag, 1. April 2004, wurde im Plenum des Europa-Parlaments in Strassburg zum ersten Mal über eine mögliche Rolle der internationalen Sprache Esperanto als zusätzliche Mittlersprache im Parlament abgestimmt - der Änderungsantrag mit der Erwähnung einer Rolle für Esperanto wurde abgelehnt. Der Antrag war vorläufiger Höhepunkt der Bemühungen zu Esperanto auf europäischer Ebene mit bisher etwa zwei Dutzend schriftlichen Anfragen und einzelnen Anträgen. S. [http://www1.ku-eichstaett.de/SLF/EngluVglSW/ELX-Forum/board\\_entry.php?id=21](http://www1.ku-eichstaett.de/SLF/EngluVglSW/ELX-Forum/board_entry.php?id=21) und <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2002:172E:0137:0138:DE:PDF> (schriftliche Anfrage E-0075/02 und Antwort von Herrn Kinnock im Namen der Kommission vom 12. März 2002, publiziert im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 18.7.2002).

<sup>11</sup> Von Seiten der UNESCO wurde schon zweimal – 1954 und 1985 – eine Resolution zu Gunsten des Esperanto verabschiedet.

<sup>12</sup> In dem gewichtigen Referenzwerk von Uwe Hinrichs (Hrsg.): Handbuch der Eurolinguistik, Wiesbaden, Harrassowitz 2010, wurde die Interlinguistik aber nicht berücksichtigt.